

inter helpo

Ey, hasse ma' nen Ein-Euro-Job?

„Arbeitsgelegenheiten“ annehmen heißt mehr als gelegentlich mal arbeiten...



Münster, 03. Januar 2005: Protest vor und in der Arbeitsagentur.

„Die Arbeit geht aus!“ so titelte das Plakat zum Agenturschluß in Münster am 3. Januar 2005. Das ist mehr als nur ein Spruch, sie geht wirklich aus. Und das wäre eigentlich ein Grund zur Freude, würden wir nicht in einem System leben, an dem an die Arbeit das Mittel zum Überleben gekoppelt ist: Geld.

Es gibt Konzepte und Vorschläge, wie das Überleben – und zwar ein schönes Leben – auch ohne diese Arbeit-Geld-Maschine möglich wäre. Allein: Arbeit ist hier nicht nur etwas, was gemacht wird, sondern auch etwas, was sich gefälligst so gehört! Den zynischen Spruch „Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen.“ sagt zwar kaum jemand, das ginge dann doch zu weit, aber gedacht wird er gerne. Und Gerhard Schröder sagt dann eben stattdessen – nämlich

in seiner berüchtigten Agenda 2010-Rede - „Niemand wird es künftig gestattet sein, sich zu Lasten der Gemeinschaft zurückzulehnen.“

Klar: Wenn das Mittel zum Überleben – Geld – an die Arbeit gekoppelt ist, müssen diejenigen ohne Arbeit von der Arbeit leben, die andere verrichten. Und wenn die knapper wird, dann gibt es eben weniger zu verteilen.

Die Frage, die damit nicht beantwortet ist, ist: Warum

wird die Arbeit knapper? Ganz einfach: Weil diejenigen, die sie kaufen, die „Arbeitgeber“ sie nicht mehr haben wollen. Sie können auf andere Art und Weise besser Kapital anhäufen und tauschen, und das ist ja der Zweck der Ware Arbeitskraft. Arbeit verliert also an Wert. Das lässt sich auch an bereits existenten Tarifen ablesen: Die Friseurmeisterin in Sachsen bekommt 5,59 €; der Wachmann in Thüringen 4,32 €; ein Florist in Westdeutschland 7,66 €; der Page im Saarland 5,95 € - und das alles brutto!

Wenn niemand die Arbeit kaufen will, dann ist sie halt auch nichts mehr wert. Warum sollte man dann überhaupt noch arbeiten gehen? Ich gehe ja auch nicht in den Supermarkt und kaufe etwas, was mich gar nicht interessiert... – und arbeiten gehen, das war ja eigentlich dazu da, um wenigstens mich, vielleicht auch eine Familie,

zu ernähren. Wohnen zu können. Oder in Urlaub zu fahren. Kann ich das alles nicht, kann ich auch das mit der Arbeit sein lassen.

Aber auch wenn sie mir nichts bringt: Nicht arbeiten wäre eine Unverschämtheit! Also haben sich die Strategen in den Parlamenten, den Betriebsvorständen, den marktradikalen Forschungseinrichtungen gedacht „Schaffen wir doch Arbeit!“ und die „Arbeitsgelegenheiten“ erfunden, besser bekannt als Ein-Euro-Jobs: Zwingen wir die Leute doch einfach zur Arbeit! Kriegen die eben gar nichts mehr, wenn sie nicht arbeiten. Also nicht nur kein Urlaub, sondern auch kein Wohnen, kein Essen usw.

Maßlos übertrieben? Keineswegs! Wer einen Ein-Euro-Job ablehnt, dem kann der Regelsatz des Arbeitslosengeldes

Fortsetzung S. 2

Interhelpo – das klingt gewöhnungsbedürftig. Kann man das essen? Nein, das ist Esperanto und bedeutet „gegenseitige Hilfe“. Warum Esperanto? Esperanto ist eine internationale Sprache der ArbeiterInnenbewegung, die sich Anfang des Jahrhunderts entwickelte. Es soll sprachliche Verständigung ermöglichen, die nationale Grenzen überwindet – genau wie eine solche Bewegung diese Grenzen sprengen muß. Warum „gegenseitige Hilfe“? Gegenseitige Hilfe ist ein solidarischer Grundsatz, den wir als FAU verfolgen. Erstmals formuliert wurde er von Peter Kropotkin in seinem Buch „Gegenseitige Hilfe in der Tier- und Menschenwelt“, und stellt einen unverzichtbaren Teil anarchistischer Theorie und Praxis dar.

II (ALG II) um 10 oder 30% gekürzt oder bei wiederholter Verweigerung auch ganz gestrichen werden.

Ein-Euro-Jobs sind mehr als nur eine Zwangsmaßnahme für ALG II-Empfänger: Sie sind ein Programm des Lohndumpings. Denn obwohl Arbeit kaum noch was wert ist, wollen die Leute dafür wenigstens soviel haben, das ihr Leben nicht total den Bach runtergeht. Hartz IV ist so gesehen ein Lohnsenkungsprogramm, das nicht nur die ALG II-EmpfängerInnen betrifft, sondern auch alle, die von Arbeit leben müssen. Hans-Werner Sinn, Volkswirtschaftler des Münchener Ifo-Instituts, drückt das wie folgt aus: „In Wahrheit geht es um eine Lohnsenkung. Die kommt zustande, weil durch die Abschaffung der Arbeitslosenhilfe die bislang Begünstigten auf die Sozialhilfe zurückfallen und bereit sein werden, für weniger Geld zu arbeiten.“

Die Konsequenzen sind alltägliche Realität: Nullrunden, Lohnkürzungen, Arbeitsverdichtung, Arbeitszeitverlängerungen, Streichung von Zuschlägen, Urlaubs- und Weihnachtsgeldern in der Industrie; und dann wird noch über die viel zu hohen sogenannten „Lohnnebenkosten“ gejammert. Reine Sprachverwirrung, denn jeder „Arbeitgeber“ weiß, daß zum Lohn die Zahlung von Versicherungsleistungen gehört: Das Einsparen von „Lohnnebenkosten“ ist eine versteckte Lohnkürzung.

Daneben haben Ein-Euro-Jobs noch einen anderen Effekt: Obwohl sie juristisch gar keine Arbeit sind, sind Ein-Euro-JobberInnen offiziell nicht mehr arbeitslos. Rechnen wir die von Clement angegebenen 600.000 zu schaffenden Stellen, fällt damit die Arbeitslosigkeit immerhin um etwa 1,5 % (nach den Zahlen Ende 2004).

Für all das müssen aber erst mal potentielle Arbeitsgelegenheits-

geber her. Nach Angaben der Bundesregierung sollen diese in „gemeinnützigen Tätigkeiten im Bereich der Landschafts- oder Denkmalpflege, im Umweltschutz, in Altenheimen und in der Jugendarbeit“ entstehen. Da jaulen die Rechten wie die Linken: Warum nicht in der Industrie? Warum nicht im Eine-Welt-Laden? Wir wollen auch! Kein Scherz. Noch traut sich die „Politik“ zwar nicht, Hundt, Henkel und Hartz die Ein- (oder besser noch: Null-) Euro-JobberInnen zu Siemens, Bayer oder VW zu schicken, aber das lokale alternative Engagement kann man schon mal gnädig unterstützen, gerade in einer Stadt, in der die BündnisGrünen so stark sind wie in Münster.

Denn wo finden wir die ersten Ein-Euro-Jobs? Bei dem Verein „Arbeitslose brauchen Medien“, der die Zeitung „Sperre!“ herausgibt, im Medienforum, das den Bürgerfunk macht und bei der Obdachlosenzeitschrift „draußen!“ – Letztere hat immerhin eingeräumt, daß das durchaus problematisch sei. Dem Angebot der Ein-Euro-Jobs will sich, unseren Infos zufolge, zumindest noch der Friedensladen Münster anschließen.

Auch das Bielefelder Sozialforum hat sich gegenüber der Stadt dafür stark gemacht, Ein-Euro-Jobs an bisherige Ehrenämter zu koppeln.

Das hat übrigens Tradition: Alle Zwangsmaßnahmen in Sachen Arbeit wurden von „Alternativen“ und „Sozialen“ dankbar aufgenommen. Als es etwa in den 80er Jahren in Köln zu Zwangsarbeitsprogrammen für SozialhilfeempfängerInnen kam, freuten sich die alternativen Gruppen über Bioanbau oder neu gestrichene Fahrradwege. Egal ob ABM (Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen), ASS (Arbeit Statt Sozialhilfe) oder Ähnliches: Alternative und soziale Gruppen waren immer als erste dabei, Stellen zu schaffen, damit das Gesetz

ohne Probleme umgesetzt werden kann.

Ein solcher Umgang mit den Ein-Euro-Jobs ist wenig weit-sichtig. Selbst unter besten Bedingungen werden hier ein paar wesentliche Dinge vergessen:

Es mag ja etwa sein, daß ehrenamtlich Tätige arbeitslos sind oder werden und sogar gerne 30 Stunden die Woche für einen Euro die Stunde in der sozialen Einrichtung weitermachen, das würden sie ja sonst unbezahlt auch tun. Aber: Ein-Euro-Jobs sind auf ein halbes Jahr begrenzt, in Ausnahmefällen auf ein Jahr. Was also macht die Einrichtung mit der Ein-Euro-Stelle, wenn dieses Jahr um ist? Zweitens: Die Ein-Euro-Jobs sind Zwangs- und Strafinstrumente. Eigentlich müsste es sehr fraglich sein, ob denn diejenigen den Ein-Euro-Job bekommen, die ihn haben wollen, oder nicht vielmehr die unter 25jährigen, die laut Clement in naher Zukunft in keiner Arbeitslosenstatistik mehr auftauchen sollen. Unter dem Stichwort „Gemeinwohlarbeit“ war dies z.B. in Essen schon vor der Einführung von Hartz IV gängige Praxis. Und sind denn alle Jugendlichen in Dumpinglohn und Trockenbrot, kommen die Unwilligen dran, jene, von denen vermutet wird, sie wollten sich nicht in den „Arbeitsmarkt“ integrieren lassen.

Drittens sind die Folgen der Ein-Euro-Jobs auf dem sogenannten „Ersten Arbeitsmarkt“ absehbar: Ohne weiteres Zutun wird es ein kräftiges Lohndumping geben: Tarifverträge werden jetzt schon massiv angegriffen. Und auch wenn die Stellen nicht, wie etwa im Pflegebereich, zur Verdrängung regulärer Beschäftigungsverhältnisse führen, machen sie doch die Argumentation „Andere arbeiten für noch weniger Geld!“ hoffähig. Die WDR-Redakteurin Gabriele Gillen betont in ihrem Buch „Hartz

IV- Eine Abrechnung“ nicht umsonst, daß „Hartz V“, nämlich die allgemeine Senkung der Löhne, bereits Realität sei.

Viertens sollte auch nicht vergessen werden, daß die Ein-Euro-JobberInnen, abgesehen vom Gesundheitsschutz, keinerlei Arbeitsrechte haben: Sie sind gegenüber ihren „Vorgesetzten“, sei es bei der Arbeitsgelegenheit oder in der Arbeitsagentur, juristisch ziemlich wehrlos. Und sie bekommen übrigens auch keinen Lohn, sondern eine „Mehraufwandsentschädigung“. Ob dazu Fahrtkosten, Kosten für Arbeitskleidung oder Qualifizierungsmaßnahmen gehören, liegt im Ermessen der Fallmanager und der Jobgeber. Daß ein Streik auf keinen Fall machbar ist, liegt auf der Hand: Das wäre die Verweigerung der Arbeitsgelegenheit, und das führt, wie erwähnt, zur Kürzung oder Streichung des ALG II. Selbst Bummelstreik, Dienst nach Vorschrift oder Krankfeiern könnten ähnlich fatale Folgen haben.

Und fünftens und letztens können die Anbieter der „Arbeitsgelegenheiten“ noch so kulant sein – theoretisch wäre es ja möglich, die JobberInnen auszuzahlen, womöglich sogar inklusive der „Sachkostenförderung“, die die Anbieter bekommen, und diese gar nicht arbeiten zu lassen – die offizielle Zählung der Ein-Euro-Jobs wird dadurch zu dem Ergebnis kommen, daß Hartz IV ja fabelhaft funktioniert: Jeder angebotene Ein-Euro-Job ist eine Erfüllungshilfe für die Hartz IV-Gesetzgebung. Wer Hartz IV ablehnt, kann nicht guten Gewissens eine solche Stelle anbieten.

Protest der Studierenden

Bildung darf kein Privileg der besser Verdienenden bleiben

Die Mobilisation von Studierenden zu Protesten gegen die Abschaffung eines Gebührenfreien Erststudiums halten sich in Grenzen. Nach einer erfolgreichen Klage der Unionsgeführten Länder, steht es nun nicht mehr dem Bund, sondern den Ländern zu, Gebühren zu erheben oder nicht. Eine letzte Chance für Studierende die Gebührenfreiheit des Erststudiums doch noch zu wahren?

Der große Aufschrei in Nordrhein Westfalen fand nicht statt: Lediglich 500 Menschen demonstrierten am 26. Januar in Münster, an dem Tag an welchem Studiengebühren ab dem ersten Semester Tür und Tor geöffnet wurde.

Gerade mal 1000 Menschen versammelten sich bei der sogenannten „Westdemo“ in Essen am 3. Februar diesen Jahres. Zum Vergleich: In Mannheim demonstrierten zeitgleich 3000, in Berlin 4000, in Hamburg 7000 und in Leipzig sogar 8000 Studierende.

Das Bildungssyndikat Münster (siehe Kasten rechts) war bei beiden Demos unter der Parole „Alles für alle und zwar umsonst“ vor Ort. „Bildung steht jedem und jeder zu und kann kein Privileg der besser verdienenden sein.“ Doch genau ein solches Beispiel an sozialer Ungerechtigkeit wurde mit der Abschaffung der 6. Novelle des Hochschul Rahmen Gesetzes (kurz HRG) weiter verschärft. Die Novelle sprach den Studierenden ein gebührenfreies Erststudium bis zu einer bestimmten Anzahl an Semestern und das Vorhandensein einer Verfassten Studierendenschaft (sprich AStA, Fachschaften usw.) zu. Die Unionsgeführten Länder hatten vor dem Bundesgericht in Karlsruhe gegen die Novelle Klage eingereicht. Am 26. Januar wurde der Klage nun statt gegeben.

Der Demo in Essen muss mensch jedoch zugute halten, daß dort das Auftreten der Studierenden zwar nicht homogen aber doch entschlossen und selbstbewußter als noch am 26. Januar in Münster war. Das führte zum Ende der Demo auch zu Rangeleien mit der Polizei. Diese waren den spontanen Sitzstreiks, welche in den Demoablauf gestreut wurden und dem Innehalten vor der Agentur für Arbeit, um auf die Verpflechtung von Hartz und Hochschulumstruk-

turierung hinzuweisen, in der Form begegnet, daß sie sich die vermeintlichen Redelführer griffen und abführten. Als eine Handvoll Demonstrantinnen Wann der Polizei blockierte und die Freilassung der Abgegriffenen forderte, orderte die Polizei verstärkung an und versuchte die Blockade gewalttätig aufzulösen. Dabei verteilte die Polizei u.a. Kopfnüsse. Auf Seiten der Demonstrierenden blieben die Menschen mit offensichtlich großer Beherrschung friedlich. Bleibt letztendlich, daß mensch auf die Entschlossenheit von Essen aufbauen kann und es jetzt heißt, Druck auf die Landesregierungen auszuüben, welche noch über die Einführung der Gebühren in ihrem Land zu bestimmen haben.



„Alles für alle und zwar umsonst.“

Auferstanden aus Ruinen

Das Bildungssyndikat Münster ist eine Branchengewerkschaft der FAU (Freie ArbeiterInnen-Union). Es existierte in Münster schon 1998, hervorgegangen aus den 1997er Uni-Protesten. Diese haben uns klar gemacht, daß wirkungsvolle Organisationen fehlen, die geeignet sind, Forderungen von Studierenden und SchülerInnen zu artikulieren und den Widerstand fortzusetzen.

Die Bildungssyndikate sollen eine Organisationsmöglichkeit darstellen für alle, die sich mit Bildung beschäftigen: Lernende und Lehrende, WissenschaftlerInnen, ArbeitnehmerInnen an Universitäten und Schulen. Neben den konkreten Verbesserungen im Bildungsbereich, die wir erkämpfen wollen, streben wir auch eine andere Art der Bildung an: Eine freie Bildung von allen und für alle, in der der Unterschied zwischen lehrend und lernend aufgehoben ist und die nicht zu Elitenbildung und Herrschaftsdenken führt. Eine Bildung, die frei ist von dem Zwang, ökonomisch verwertbar sein zu müssen. Die drei Säulen unserer Arbeit sind:

- gewerkschaftliche Arbeit im Bildungsbereich
- Bildungspolitik
- Alternative Formen der Bildung

Das Bildungssyndikat Münster trifft sich dienstags von 18.30 bis 20.30 Uhr in den Räumen des Emma-Goldman-Zentrums.

Die nächste Ausgabe der „Interhelpo“ wird vom Bildungssyndikat gestaltet sein und einen entsprechenden Schwerpunkt haben.

Neulich in der Schlange der ALGII-AntragstellerInnen:



Hartz lesen

Allen, die sich inhaltlich mit Hartz IV auseinandersetzen möchten, seien folgende zwei Bücher ans Herz gelegt: „Die Folgen der Agenda 2010. Alte und neue Zwänge des Sozialstaats“, herausgegeben von Holger Kindler u.a., erschienen im VSA-Verlag und zu haben für 16,80 Euro, versammelt Beiträge einer Veranstaltungsreihe an der Uni Marburg. Die Beiträge erklären Inhalte und Hintergründe zur Hartz-Gesetzgebung und stellen heutige und zukünftige Aspekte der Gegenwehr vor.

Die WDR-Redakteurin Gabriele Gillen hat mit „Hartz IV – Eine Abrechnung.“ Ihre Vorbehalte gegen Hartz IV zusammengetragen. Polemisch, wütend und dabei doch faktenreich räumt sie gründlich auf mit der staatlichen Propaganda. Das Buch ist bei Rowohlt erschienen und kostet 7,90 Euro.

Hartz hören

Und nicht nur auf die Augen, auch auf die Ohren könnt ihr's bekommen: Seit Februar hat „Besser Leben! - das arbeitskritische Magazin“ einen festen Sendeplatz, und zwar an jedem zweiten Donnerstag im Monat um 20.28 Uhr im „Bürgerfunk“ auf der Frequenz von „antenne münster“ auf 95,4 oder 91,2 (Kabel) MHz.

Hartz diskutieren

Wem lesen und zuhören nicht reicht, der ist eingeladen auf dem neuen Diskussionsforum www.anti-hartz-forum.de.ms über konkrete Erfahrungen in der Agentur, mit Ein-Euro-Jobs oder einfach nur so zu Hartz IV zu diskutieren. Bei konkreten Problemen können gerne Kontaktmöglichkeiten hinterlassen werden.

Hartz bekämpfen

Wer dann noch aktiv werden möchte, etwa in Sachen Ein-Euro-Job-Kampagne, ist herzlich eingeladen zu den regelmäßigen Treffen im MALTA an der Achtermannstraße 10 – 12 (Hofeingang). Jeden zweiten Sonntag im Monat lädt das „Bündnis: Besser Leben!“ ein, zweiwöchig dazwischen die FAU Münster.

„Agenturschluß“ geht weiter!

Auf einem bundesweiten Treffen der Agenturschluß-Kampagne am 15. Januar einigten sich die anwesenden Gruppen auf eine Kampagne gegen die Ein-Euro-Jobs. Sowohl Delegierte der FAU Münster wie auch des „Bündnis: Besser Leben!“ waren anwesend. Geplant ist u.a. ein Aktionstag am 25. April 2005. Nähere Infos gibt es unter www.labournet.de.

Such dir Beistand und Hilfe

Das Sozialgesetzbuch 10 (SGB X) regelt die Beziehungen zwischen Bürgern und Behörden. Dort steht unter §13.4 folgendes: „Ein Beteiligter kann zu Verhandlungen und Besprechungen mit einem Beistand erscheinen. Das von dem Beistand Vorgetragene gilt als von dem Beteiligten vorgebracht, soweit dieser nicht unverzüglich widerspricht.“ Wir haben also ein verbrieftes Recht, zu zweit zu erscheinen, gegebenenfalls auch mit mehreren Personen.

Damit hast du Zeuginnen bzw. Zeugen an deiner Seite. Der Beistand kann alleine durch seine oder ihre Anwesenheit eventuelle Willkürlichkeiten einschränken und bei juristischen Streitpunkten für dich aussagen.

Wir bieten an, dich bei deinen Besuchen auf der Arbeitsagentur zu begleiten. Wenn du dieses Angebot wahrnehmen möchtest, wende dich an: faums4@fau.org oder melde dich dienstags zwischen 19.00 und 22.00 Uhr im Emma-Goldman-Zentrum, Dahlweg 64, 48153 Münster, Tel.: 0251/9742469

Wie ihr uns erreicht

Die Münsteraner Ortsgruppe der FAU trifft sich jeden Dienstag um 20.30 Uhr im Emma-Goldman-Zentrum, Dahlweg 64, 48153 Münster. Direkt davor – ab 18.30 Uhr trifft sich das Bildungssyndikat Münster. Ausnahme ist der jeweils erste Dienstag im Monat, an dem wir um 20.00 Uhr im „Cinema Liberaire“ in den gleichen Räumlichkeiten Filme verschiedenster Art präsentieren.

Nähere Infos zu unserer Arbeit und unseren aktuellen Schwerpunkten findet ihr auf unserer Homepage unter <http://www.fau.org/ortsgruppen/muenster/static/>. Per e-mail erreicht ihr uns unter faums@fau.org, das Bildungssyndikat ist erreichbar unter bsy-ms@fau.org.

